MZ – Za – 249 . 27.01.2008

Plan für Schule

Nackenheim ändert Bebauungsplan

NACKENHEIM. Mit der Umwidmung von der Regionalen Schule zum Ganztags-Gymnasium alleine ist es nicht getan. Der Nackenheimer Gemeinderat befasste sich mit den baulichen Voraussetzungen, die mit dem zum kommenden Schuljahr vorgesehenen Schritt zu erfüllen sind.

So ist unter anderem ein Erweiterungsbau notwendig. Daher muss der seit 1987 gültige Bebauungsplan für das Gebiet „Nördlich Pommardstraße" völlig neu ausgearbeitet werden. Die Ingenieure des Planungsbüros Isu haben sich mit der Situation am Schulzentrum bereits näher befasst und einen Vorschlag erarbeitet, wie die erforderlichen Erweiterungen umgesetzt werden könnten. Demnach entsteht östlich des Südflügels des Schulgebäudes ein Erweiterungsbau, das bestehende Gebäude wird zudem aufgestockt. Die Hausmeisterwohnung wird abgerissen und am nördlichen Rand des 6,6 Hektar großen Plangebietes neu errichtet, die Lärmschutzwand wandert dazu um rund 25 Meter nach Norden.

An Stelle des jetzigen Spielplatzes im Südwesten des Geländes soll ein Parkplatz entstehen, eine neue Spielfläche kommt – allerdings in kleinerem Ausmaß – ins südöstlichen Eck des Areals, also vor die Grundschule. Auch eine neue Bushaltestelle auf der Pommardstraße gehört zu den Planungen.

Das Problem für die Nackenheimer: Die Kosten für Erweiterung und Umbauten selbst sind zwar Sache des Schulträgers, also des Kreises. Aber die Gemeinde ist nach jetzigem Stand für die Planungskosten verantwortlich. Der Gemeinderat erteilte folglich den Auftrag für die Ausarbeitung des neuen Bebauungsplanes an das Büro Isu, das dafür rund 17 000 Euro erhalten wird. VG-Bürgermeister Reinhold Stumpf wolle sich noch mal mit der Kreisverwaltung in Verbindung setzen, „um eine Übernahme durch den Kreis zu erreichen", betont die Verwaltung. Die Chancen für den Vorschlag der Ortsgemeinde, die Planungskosten aus jenen 2,5 Millionen Euro zu finanzieren, die die VG vom Kreis als Übernahmepreis für das Schulgebäude erhält, sieht die Verwaltung in Bodenheim nämlich skeptisch. „Es ist fraglich, ob dies möglich sein wird, da die noch bestehenden Verbindlichkeiten der VG für de Schule mit rund 2,8 Millionen Euro über dieser Einnahme liegen." (gus)